

Bericht aus der Gemeinderatsitzung vom 17. Mai 2021

Bürgerfragestunde

Aus der Bürgerschaft wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Aus den vergangenen beiden Sitzungen, der Gemeinderatsitzung am 26.04.2021 und der Sitzung des Verwaltungs- und Kulturausschusses sind keine Beschlüsse bekanntzugeben.

Kriminalstatistik 2020

Die Vorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Laufer als Revierleiter des Polizeireviers Spaichingen und Herrn Dressler als Leiter des Polizeipostens Trossingen zur Vorstellung der amtlichen Kriminalstatistik. Die Bürgermeisterin berichtete, dass Stadtverwaltung und Polizei in engem Austausch stehen um gemeinsam abzustimmen, wo aktuell aus Sicht der Stadt vermehrt Handlungsbedarf besteht. Sie bedankte sich im Namen der Stadt zudem über die vermehrten Kontrollen am Maschke-Platz, insbesondere in den Abendstunden und nachts und für den verstärkten Einsatz gegen Raser. Herr Laufer führte aus, dass die Zahl der Straftaten 2020 trotz Einwohnerzuwachs insgesamt rückläufig gewesen sei. Damit sinkt auch die Kriminalitätsbelastung pro 100.000 Einwohner. Die Aufklärungsquote ist leicht gestiegen und je nach Deliktart sehr unterschiedlich. Deutlich abgenommen hat die Zahl gemeldeter Diebstähle, auch konnte 1 Wohnungseinbruch weniger festgestellt werden. Auch Fälle von Betrug, Sachbeschädigung und Verkehrskriminalität gingen zurück. Allein der Anteil von Rohheitsdelikten und der Rauschgiftdelikte ist deutlich gestiegen. Auch die Anzahl der Verkehrsunfälle ist von 186 auf 163 Fälle leicht gesunken. Der Gemeinderat zeigte sich erfreut über die Entwicklung.

Bebauungsplan „Innenstadt“

Am Aufstellungsbeschluss und dem Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange in der Aprilsitzung wirkten mehrere befangene Gemeinderäte mit. Dieser formale Fehler fiel erst im Nachgang zur Sitzung auf, so dass die Beschlussfassung zur Heilung nachzuholen war. Die Gemeinderäte erklärten sich befangen und verließen den Sitzungstisch. Die Beschlussfassung erfolgte darauf einstimmig.

Bericht über die Vermarktung der Baugrundstücke im Baugebiet Albblick I und Vorstellung der Vergabekriterien für künftige Baugebiete

Für die 48 Bauplätze im Baugebiet Albblick gibt es rund 500 Interessenten. Bisher wurden die Bauplätze im Windhundverfahren zugeteilt, dafür werden seit 2015 entsprechende Interessenten- und Wartelisten geführt. Diese Praxis ist nicht dazu geeignet, dem politischen Auftrag zur Bereitstellung nach Bauland für junge Familien gerecht zu werden und sicherzustellen. Auch ist für ortsansässige Unternehmen im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine standortnahe Versorgung mit Bauland für Mitarbeiter wichtig. Auch für Vereine, Hilfsorganisationen und Kirchengemeinden ist eine Kontinuität durch Möglichkeit der Wohnsitznahme ehrenamtlich engagierter Menschen wichtig. Dafür soll es in Zukunft Kriterien geben. Der Gemeinderat hat kontrovers diskutiert und der Verwaltung eine ganze Reihe von Prüfaufträgen mit auf den Weg gegeben. Eine juristisch einwandfreie Abwägung ist für die Baulandkriterien dabei besonders wichtig. Es wurde einstimmig beschlossen, die Interessentenliste zu schließen und künftig per Kriterienkatalog zu vergeben.

Vereinbarung mit dem Kulturbüro Südwest

Das Kulturbüro Südwest plant, vermarktet und führt die Trossinger Kulturveranstaltungen durch. Dafür gibt es eine Vereinbarung, die bislang alle zwei Jahre verlängert wurde. Um langfristig Projekte

anzugehen, hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Vertrag auf weitere fünf Jahre abzuschließen. Der Gemeinderat lobte die Arbeit und folgte dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig.

Situationsbericht der Baurechtsbehörde

Herr Schweizer berichtete als Sachgebietsleiter des Baurechtsamtes über die derzeitige Situation. In den vergangenen Jahren nahmen die gesetzlichen Auflagen zur Prüfung zu, beispielsweise dadurch, dass im Rahmen von Baugenehmigungen ein Abfallverwertungskonzept vorgelegt werden muss. Zudem gingen 2021 trotz Corona-Krise rund 20% mehr Bauanträge ein. Das Baurechtsamt ist auch mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, der nur ca. alle 15 Jahre aufzustellen ist und einer Vielzahl von Bebauungsplänen gefordert und an seiner Kapazitätsgrenze. Hinzu kommt, dass das Baurechtsamt in den kommenden Wochen aus Platzgründen in die Räumlichkeiten der Stadtwerke ausgelagert wird. In der Aussprache kam auch die Qualität der eingereichten Unterlagen der Bauherren zur Sprache, die oftmals nicht dem fachlichen Standard entspricht. Bauherren verlassen sich dabei auf die Sachkenntnis der Planer und bemängeln lange Bearbeitungszeiten, die darin begründet sind, dass die eingereichten Unterlagen unvollständig oder mangelhaft sind. Grundsätzlich berät die Baurechtsbehörde Bauherren auch gerne vor Einreichung ihres Baugesuches im Hinblick darauf, ob die Vorstellungen zur Bebauung realisierbar sind. Das würde oftmals Ärger und Mühe auf beiden Seiten vermeiden. Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis und brachte in die Diskussion die personelle Verstärkung des Sachgebiets ein.

Beschaffung und Installation einer Sirenenwarnanlage

Im Juli 2020 hat der Gemeinderat die Beschaffung einer Sirenenwarnanlage für den Katastrophenfall in Höhe von 103.998,27 Euro beschlossen. Im Zuge der Umsetzung zeigte sich, dass weitere Masten, Fundamente, Installations- und Erdarbeiten erforderlich sind. Der Gemeinderat stimmte überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 17.915 Euro zu.

Digitalisierung an Grundschulen

Für die drei Grundschulen wurde die Medientechnik für die Digitalisierung mit Beamer, Beamerhalterungen und Lautsprechern ausgeschrieben. Der Gemeinderat erteilte den Auftrag an die Firma Praxl aus Rielasingen-Worblingen, die mit 88.155 Euro das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Veranschlagt waren 105.000 Euro, so dass die Maßnahme etwas günstiger als erwartet wird.

Neubau Kindergarten Albblick/ Vergabe der Möblierung

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Möblierung für den Kindergarten Albblick zum Preis von 211.185 Euro an die Firma Resch, Aigen. Schlägl aus Österreich zu vergeben. Da eine weitere Gruppe eingerichtet wird, werden auch für ca. 18.500 Euro mehr Möbel notwendig. Die Summe wird im Wege des Nachtragshaushaltsplanes bereitgestellt.